



Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Der gemeinsame Weg, 1913, die Ziele, 1914

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

5. Kapitel: Der Fall Liman von Sanders

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79837](#)

5. Kapitel
Der Fall Liman von Sanders

Lehrbuch
der
Technischen
Mechanik



*Der russische Botschafter in Konstantinopel an den
russischen Außenminister*

Konstantinopel, den 1./14. November 1913

Ich beziehe mich auf das Telegramm Nr. 261 aus Berlin.

Das Kommando eines deutschen Generals über türkische Truppen in Konstantinopel wird zweifellos eine unvergleichlich ernstere Bedeutung haben, als Zimmermann annimmt. Die politische Seite der Angelegenheit tritt bereits durch den Umstand hervor, daß nach Zimmermanns Ansicht die Anwesenheit des Generals dazu beitragen könnte, den Status quo aufrechtzuerhalten. Das aber gehört nicht unmittelbar zu der Rolle eines Generals, dessen Aufgabe nur die Ausbildung der Truppen ist. Unter solchen Umständen würde ich es für äußerst erwünscht halten, daß dem deutschen General der Befehl über ein anderes, nicht in der Hauptstadt liegendes Korps übertragen würde.

Abschrift nach Berlin.

Giers

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 555 Paris, den 13./26. November 1913

Telegramm Nr. 3220 erhalten.

Abschrift nach London.

Den Inhalt desselben gab ich H. Pichon zur Kenntnis. Er bestätigte mir, er teile ganz Ihre Meinung, daß es unzulässig sei, deutschen Offizieren den Befehl über die Truppen in Konstantinopel zu übertragen; er habe sich bereits mit Nachdruck in diesem Sinne sowohl dem hiesigen türkischen Botschafter gegenüber als auch durch Vermittlung Bompards ausgesprochen. Rifaat Pascha habe er gesagt, wenn die Pforte auf die Verwirklichung dieses Planes nicht ver-

zichte, werde Frankreich für sich außerordentliche Entschädigungen moralischer und politischer Art verlangen. In seiner Unterredung mit mir äußerte Pichon abermals nachdrücklich, Frankreich könne es nicht zulassen, daß Deutsche in Smyrna oder Beirut befehligen; er habe der Pforte gegenüber auf Adrianopel hingewiesen. Nach den Worten Pichons hat seine Erklärung offenbar einen tiefen Eindruck auf Rifaat gemacht, und dieser habe beim heutigen diplomatischen Empfange seine persönliche Überzeugung dahin ausgesprochen, daß die Angelegenheit geregelt werden könne. I swolski

Der russische Geschäftsträger in London an den russischen Außenminister

Geheimtelegramm Nr. 795 London, den 15./28. November 1913

Ihr Telegramm 3220 und das aus Paris 555 erhalten. Grey hat gestern O'Beirne telegraphiert, er teile Ihre Ansicht, wir könnten die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht zulassen. Aus den Worten Nicolsons und Cambons habe ich geschlossen, daß der Minister grundsätzlich die Möglichkeit von Kompensationen für uns zugibt, daß es aber in Wirklichkeit schwer sein dürfte, derartige Kompensationen zu finden. Den ersten Vorschlag Pichons, auch die Offiziere anderer Staaten sollten derartige Kommandostellen erhalten, hält er für undurchführbar und unseren Interessen nicht entsprechend, denn unser Hauptziel — die Deutschen aus Konstantinopel zu entfernen — wäre dadurch nicht erreicht. Außerdem würde dies den ersten Schritt zur Aufteilung der Türkei bedeuten. Cambon ist derselben Ansicht. Beide bezweifeln, daß ein gemeinsamer Druck auf die Pforte ein Ergebnis haben wird, denn letztere ist augenscheinlich durch Versprechungen Kaiser Wilhelm gegenüber gebunden, dessen Eigenliebe man in Betracht ziehen muß. Grey hält es für das beste, die freundschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, um es zu einer Änderung des ursprünglichen Planes zu bewegen, z. B. indem einem deutschen Offizier die Leitung der Kriegsschule übertragen wird, worauf ein heutiges Agenturtelegramm aus Berlin anspielt. Grey glaubt, daß sowohl Kaiser Wilhelm als auch der Reichskanzler nach einem Vorwand suchen, um aus dieser nicht reiflich überlegten Lage herauszukommen, daß aber ein Kommando außerhalb Konstantinopels, z. B. Adrianopel, keinen Ausweg bedeuten würde. Hier befürchtet man, daß der feindselige Ton der russischen Presse, z. B. der „Nowoje Wremja“, zum entgegengesetzten Ergebnis führen müsse, da Kaiser Wilhelm sich verletzt fühlen könne und augenscheinlich den Wunsch hege, sich wegen der gegen von der Goltz Pascha gerichteten Kritik zu rechtfertigen.

Sewastopol

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 798

London, den 19. November/2. Dezember 1913

Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Paris haben dahin geführt, daß beide Regierungen beschlossen haben, ihre Vertreter in Konstantinopel zu beauftragen, bei der Pforte offiziell anzufragen, ob tatsächlich die Absicht besteht, das Kommando über die türkischen Truppen in Konstantinopel deutschen Offizieren zu übertragen. Alles weitere wird von der Antwort der Pforte abhängen. Grey und Asquith teilen die Ansicht Pichons, daß ein derartiges Kommando die Botschaften in eine ungebührende Lage bringen würde und daß die souveränen Rechte des Sultans und die Unabhängigkeit der Türkei in Mitleidenschaft gezogen werden müßte. Sie sind der Ansicht, daß Rußland sich darauf beschränken sollte, die freundschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung fortzusetzen, vor allem aber mit dem deutschen Hofe, wobei die Eigenliebe und Empfindlichkeit des letzteren ganz besonders zu berücksichtigen wären.

Falls dies zu keinem Ergebnisse führen sollte, geben Frankreich und England die Notwendigkeit von Garantien für alle Mächte zu, ganz besonders für Rußland hinsichtlich der Dardanellen, der Einfahrt und der Ausfahrt in den Bosporus. Man sieht hier voraus, daß Deutschland sich der Gewährung von Kompensationen an die anderen Mächte nicht widersetzen wird; doch hält man es für richtiger, diese Frage einstweilen noch nicht aufzuwerfen, da es fast unmöglich ist, derartige Kompensationen zu finden.

Sewastopol

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 802

London, den 26. November/9. Dezember 1913

Grey ist der Ansicht, daß die in Ihrem Telegramm 3309 vorgeschlagene gemeinsame Note verfrüht sei und gewisse Nachteile zur Folge haben würde; er glaubt, man müsse auf das erste Projekt zurückkommen, ohne zum Schluß irgendwelchen Drohungen Ausdruck zu geben. Die drei Botschafter müßten sich über eine gemeinsame Erklärung verständigen, die ihre Übereinstimmung zum Ausdruck bringt, und dann einer nach dem andern eine mündliche Vorstellung

machen, um den Inhalt des Irades kennenzulernen. Sie könnten bei dieser Gelegenheit ernstliche Erwägungen hinsichtlich der Erhaltung der Souveränität des Sultans, des Regimes der Meerengen und der ganzen Lage in Konstantinopel hinzufügen, doch müßten sie sich fürs erste auf einen derartigen Schritt beschränken, der die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen läßt. Grey hat versprochen, mir den Inhalt eines derartigen Telegramms mitzuteilen. Ich habe Grey gesagt, daß die russische Regierung dieser Frage die allergrößte Bedeutung beilege, daß sie auf die feste Unterstützung Englands rechne, daß es aber auch ihre Absicht sei, nur mit der größten Vorsicht zu handeln, um eine Sackgasse zu vermeiden und der deutschen Regierung einen Rückzug zu ermöglichen.

Benckendorff

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 3335

St. Petersburg, den 27. November/10. Dezember 1913

Abschrift nach Paris.

Giers telegraphiert aus Konstantinopel: Es ist schwer, Kompensationen zu verlangen, die uns befriedigen könnten, falls das Kommando des ersten Korps dem General überlassen wird, da unser ernst gemeintes Ziel ausschließlich darin besteht, den General aus Konstantinopel zu entfernen und keine Kompensation den Nachteil beseitigt, der mit seiner Kommandierung der Truppen in Konstantinopel verbunden ist. In einem privaten Gespräch äußerte Wangenheim als seine persönliche Meinung, wir würden vielleicht darauf eingehen, daß ein deutscher Offizier nicht die in Konstantinopel stehende Division des ersten Korps kommandiere, sondern eine andere außerhalb Konstantinopels stehende. Das hätte aber meiner Ansicht nach keine Bedeutung, da die unter Kommando eines türkischen Offiziers stehende Konstantinopeler Division sich dennoch dem deutschen Korpskommandeur unterzuordnen hätte. Das Hauptargument Wangenheims besteht darin, daß es für Deutschland beleidigend wäre, aus Konstantinopel den deutschen Korpskommandeur zu entfernen, während der die türkische Flotte kommandierende englische Admiral in der Residenz bleibe. Das ist in der Tat ein heikler Punkt, der beseitigt werden könnte, wenn England aus eigener Initiative und um Deutschland einen Ausweg aus seiner peinlichen Lage zu erleichtern, den Sitz eines Admirals aus Konstantinopel nach Ismid verlegen

wollte, wo jetzt ein Marinedock gebaut wird. Dabei würde der Admiral an der Spitze der türkischen Flotte bleiben.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 607 Paris, den 17./30. Dezember 1913

Dringend! — Nr. 3467 und Nr. 3468 erhalten.

Abschrift nach London.

Gestern abend habe ich den Inhalt Ihrer Telegramme dem Außenminister streng vertraulich mitgeteilt und ihm, um jegliche Mißverständnisse und Ungenauigkeiten zu vermeiden, den Sachverhalt in einer Denkschrift auf Grund der früheren Telegramme von Giers auseinandergesetzt. Heute übergab mir der Minister folgende schriftliche Antwort:

„Der Außenminister hat die Note, die ihm von Seiner Exzellenz dem Botschafter Rußlands am 29. Dezember übergeben wurde, mit der ernstesten Aufmerksamkeit geprüft. H. Doumergue legt Wert darauf, H. Iswolski zu versichern, daß die Regierung der Republik fest entschlossen ist, allen Schritten der Kaiserlichen Regierung in der Angelegenheit der Mission des Generals von Sanders in Konstantinopel sich anzuschließen. Der französischen Regierung scheint die Sache augenblicklich folgendermaßen zu liegen: Aus dem vorerwähnten Schreiben geht hervor, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel sich augenblicklich in Berlin aufhält, wo er sich bemüht, klarzumachen, wie notwendig es ist, den berechtigten Ansprüchen der Kaiserlichen Regierung und der öffentlichen Meinung Rußlands Genugtuung zu geben. Andererseits hat nach einem Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg von gestern abend H. Sasonow von der deutschen Regierung einige Erklärungen erbitten lassen. Hält die Kaiserliche Regierung es nicht für ratsamer, dies so beschaffte neue Material zur Beurteilung der Sachlage abzuwarten? Befürchtet sie nicht, daß eine unmittelbare Intervention des Dreiverbandes trotz ihres freundschaftlichen Charakters die direkten, noch im Gange befindlichen Unterhandlungen zwischen St. Petersburg und Berlin nachteilig beeinflussen könnte? Die französische Regierung ist nichtsdestoweniger bereit, schon jetzt mit der Kaiserlichen Regierung alle diplomatischen Maßnahmen zu erwägen, mit denen der Dreiverband vielleicht intervenieren könnte, sei es in Berlin, sei es in Konstantinopel, um mit seinen Ansichten durchzudringen. Infolgedessen bittet H. Doumergue H. Iswolski, ihn wissen zu lassen, wie die Kaiserliche Regierung über die Intervention, um die es sich han-

delt, denkt, auf welche genau bestimmten Punkte sich die Beschwerde der drei Mächte beziehen soll, und endlich, welche Entscheidung Rußland Frankreich und England vorschlagen zu müssen glaubt, falls ihre gemeinsame Aktion in Berlin und Konstantinopel nicht den gewünschten, versöhnlichen Erfolg haben sollte.“

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 608 Paris, den 17./30. Dezember 1913

Ich bitte um umgehende Weisungen. Fortsetzung von Nr. 607.
Abschrift nach London.

Die Antwort Doumergues wurde nach vorheriger Besprechung der Angelegenheit mit den beiden Brüdern Cambon, die sich in Paris aufhalten, und nach Empfang eines Telegramms des französischen Geschäftsträgers in London über seine Unterredung mit Crowe aufgesetzt. Aus meinen mündlichen Besprechungen mit Doumergue konnte ich zu dem Schluß kommen, daß man hier befürchtet, eine Anfrage aller drei Ententemächte in Berlin werde, selbst wenn sie in freundschaftlichster Form erfolgte, die Lage noch mehr verschärfen, und besonders eine Beteiligung Frankreichs an einem derartigen Schritt könne die Eigenliebe Deutschlands verletzen. Infolgedessen und im Hinblick auf das Telegramm Delcassés, demzufolge Swerbejew beauftragt ist, seine Besprechungen mit Jagow zu erneuern, ist man hier ebenso wie in London der Ansicht, man müsse vor allem das Ergebnis dieser Besprechungen abwarten sowie auch den Bericht Wangenheim's nach seiner Ankunft in Berlin. In seiner Unterredung mit mir betonte Doumergue besonders die Notwendigkeit, zwischen Petersburg, Paris und London im voraus alle möglichen Zufälligkeiten und alle Maßnahmen zu besprechen, die wir im Falle eines Mißerfolges der Schritte in Berlin und Konstantinopel vorzuschlagen für nötig halten werden.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 609 Paris, den 18./31. Dezember 1913

Man telegraphiert dem „Echo de Paris“ aus Berlin auf Grund von Nachrichten, die das „Berliner Tageblatt“ aus Petersburg erhalten hat, Rußland habe nicht die Absicht, weitere Schritte in Sachen

der deutschen Offiziere zu tun und sehe diese Frage als erledigt an.
Diese Nachricht ruft hier einen für uns sehr ungünstigen Eindruck
hervor und es wäre sehr erwünscht, sie zu widerrufen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 572

Paris, den 28. November/11. Dezember 1913

Gleich nach seinem Amtsantritt machte mir H. Doumergue seinen Besuch und erklärte mir, das neue Kabinett werde unentwegt das engste Einvernehmen mit Rußland aufrechterhalten. In seiner heutigen Erklärung vor der Kammer wird vollständig klar ausgedrückt sein, daß die Außenpolitik Frankreichs, die sich auf das Bündnis mit Rußland und auf die herzliche Freundschaft mit England stütze, unverändert bleibe. Er erwähnte die Unterstellungen der Blätter, daß er persönlich Rußland gegenüber feindlich gesinnt sei, wies diese Gerüchte mit Nachdruck zurück und erinnerte daran, daß er zur Zeit seiner Tätigkeit als Kolonialminister uns während des russisch-japanischen Krieges eifrig beigestanden habe, als es sich um die Fahrt des Geschwaders des Admirals Roshdestwenski handelte. Ich erwiderte ihm, ich zweifelte nicht eine Sekunde an der Folgerichtigkeit der französischen Politik und an seinen persönlichen Absichten; ein enges Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland sei gerade in diesem Augenblick angesichts der ernsten internationalen Lage besonders notwendig.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 573

Paris, den 28. November/11. Dezember 1913

In der heutigen Erklärung vor der Kammer äußerte sich H. Doumergue folgendermaßen über die Beziehungen Frankreichs zu Rußland und England: „Während der soeben von Europa durchlebten Krise hat die Regierung der Republik in vollem Maße die Wirksamkeit ihrer Bündnisse und Freundschaften empfunden. Sie hat aus ihnen einen Teil der zum Schutze ihrer Interessen und ihrer Würde erforderlichen Kraft geschöpft. Wir beschließen, ihnen treu zu bleiben. Wir werden folglich die enge und herzliche Zusammenarbeit mit Rußland fortsetzen, die in vielen Fällen den beiden Staaten die Auf-

rechterhaltung des Friedens machtvoll zu fördern gestattet. Wir werden uns Mühe geben, die vertrauensvolle Annäherung weiter zu entwickeln, für die Frankreich und England bereits so klare Beweise gegeben haben.“

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 19. Dezember/1. Januar 1913/14

Während der paar Wochen, die die neue Regierung im Amte ist, hat es sich, wie mir scheint, zur Genüge herausgestellt, daß das Kabinett der Herren Doumergue und Caillaux, wie schädlich es auch vom Standpunkte der französischen Innenpolitik ist, bis jetzt unsererseits, soweit es sich um unsere unmittelbaren Interessen handelt, keinerlei Vorwürfe verdient. In der Frage unserer Eisenbahnleihe hat es uns gegenüber das größte Entgegenkommen gezeigt, wozu ein gewisser Mut erforderlich war, denn die Opposition hat gerade auf dieser Grundlage von Anfang an ihren Angriff gegen das Kabinett geführt. In Sachen der türkischen Bons trägt die Schuld die vorige Regierung, die die Transaktion der Bank Périer verschlafen hat. Die Presse schiebt die Verantwortung für diese Nachlässigkeit der französischen Botschaft in Konstantinopel zu. Man versichert mir jedoch, H. Bompard habe hierher rechtzeitig über alles berichtet, H. Houx aber, der Ihnen durch die Arbeiten der internationalen Finanzkommission bekannt ist, habe diesen noch vor der Ministerkrise eingetroffenen Bericht absichtlich unter den Tisch fallen lassen. Was H. Caillaux anbelangt, so hat er in dieser Angelegenheit, wenn auch verspätet, eine Tatkraft an den Tag gelegt, die hier recht ungewöhnlich ist.

In der wichtigsten Frage, nämlich der der deutschen Offiziere in Konstantinopel, kann ich mich bis jetzt gleichfalls nicht über H. Doumergue beklagen. Er erklärt, anscheinend durchaus aufrichtig, er wolle uns in vollem Umfange und tatkräftig unterstützen. Trotzdem sehe ich voraus, wir werden in dieser Angelegenheit nicht nur damit zu rechnen haben, daß er auf dem Gebiete der Diplomatie vollkommen unerfahren und unbewandert ist, sondern auch damit, daß dem jetzigen Kabinett eine Angst vor jeglichen Verwicklungen angeboren ist. Im Verkehr mit H. Doumergue muß ich stets zur Vermeidung von Mißverständnissen und Ungenauigkeiten zur schriftlichen Form greifen. Die Antworten werden mir wiederum nicht anders zuteil, als nachdem sie im Ministerrat durchberaten worden sind und in der Mehrzahl der Fälle auch nachdem man sich mit London in Verbindung gesetzt hat. Hierdurch werden die Angelegenheiten sehr verzögert und die Entschlüsse des Außenministers der Schnelligkeit und

Selbständigkeit beraubt. Außerdem erhalten bei einer derartigen Lage der Dinge wieder die untergeordneten Organe des Ministeriums, die ihre besondere und uns sehr häufig feindlich gesinnte Politik verfolgen, eine überwiegende Bedeutung. Endlich kann man von Personen wie den Herren Doumergue, Caillaux usw. noch weniger als von ihren Vorgängern die Wahrung des diplomatischen Geheimnisses erwarten.

Wie ich Ihnen telegraphierte, hat mich H. Doumergue nachdrücklich gefragt, welches die Druckmittel seien, die wir für den Fall, daß die Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel nicht zum gewünschten Ergebnis führen sollten, vorzuschlagen beabsichtigten. Aus diesem Anlasse kann ich nicht umhin, Ihnen ein recht eigenartiges Gespräch mitzuteilen, das ich mit H. Paléologue hatte. Seinen Worten zufolge hat ihm der sich augenblicklich in Paris aufhaltende H. Bompard als seine persönliche Meinung mitgeteilt, wir müßten, falls wir nicht auf friedlichem Wege zu unserem Ziel gelangen sollten, uns vom Sultan einen Ferman zur Durchfahrt eines der Panzerschiffe unserer Schwarzmeerflotte durch die Meerengen erbitten, dieses Panzerschiff in den Bosporus einlaufen lassen und dann erklären, es würde nur nach einer Änderung des Vertrages des Generals Liman und seiner Offiziere abdampfen. Auf meine Frage, ob ich diese Äußerung weitergeben könne, antwortete Paléologue, es stehe dem seiner Meinung nach nichts entgegen, jedoch handle es sich natürlich um eine rein persönliche Ansicht H. Bompards und die Initiative zu einer derartigen Maßnahme dürfe keinesfalls Frankreich zugeschrieben werden. Als ich ihm gegenüber bemerkte, der Sultan werde uns wohl kaum den besagten Ferman geben, sagte mir Herr Paléologue, das russische Panzerschiff könne auch ohne Ferman in den Bosporus einlaufen; die türkischen Batterien würden sich natürlich nicht entschließen, das Feuer auf das Schiff zu eröffnen. Ich wage nicht zu beurteilen, wie weit die Erwägungen des französischen Botschafters in Konstantinopel durchdacht sind. Es ist jedoch sehr bezeichnend, daß man im hiesigen Außenministerium die Möglichkeit einer derartigen schroffen Wendung der Dinge zuläßt. Ich füge noch hinzu, daß, wenn wir uns zu einer derartigen energischen Handlung entschlossen, die öffentliche Meinung Frankreichs zweifellos auf unserer Seite wäre, denn sie ist sehr empfindlich für alles, was die nationale Würde betrifft, und empfindet die Unerträglichkeit des deutschen Einflusses in der Türkei lebhaft.

Iwołski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 3513.

St. Petersburg, den 20. Dezember/2. Januar 1913/14

Ich verweise auf das Telegramm aus Konstantinopel Nr. 1105.

Wir können nicht umhin, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf zu lenken, daß Frankreich der Türkei periodisch pekuniäre Hilfe zuteil werden läßt, entweder in Form von Vorschüssen seitens der Privatbanken oder als Darlehen, die ihr durch Vermittlung des französischen Delegierten bewilligt werden. Indes läßt sich diese Hilfe gegenwärtig keineswegs durch die Notwendigkeit rechtfertigen, die Türkei vor dem Bankrott zu bewahren, insofern die Türkei noch soeben in England ein Panzerschiff erworben hat, was unter gegenwärtigen politischen Umständen sehr üble Nachwirkungen haben kann, sowohl auf die Inselfrage als auch auf die Zwangsmäßigkeiten, zu denen wir gezwungen sein können, wenn die Verhandlungen mit Berlin nicht von Erfolg gekrönt sein sollten. Ich bitte Sie, irgendeine günstige Gelegenheit zu benutzen und die französischen Minister, ohne überflüssige Erregung zu verursachen, dennoch vertraulich darauf hinzuweisen, daß es äußerst wünschenswert sei, alle Finanzoperationen hinzuhalten, die bei den Türken eine gefährliche Unnachgiebigkeit unterstützen könnten.

Abschrift nach Konstantinopel.

Gleichlautendes Telegramm nach London.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 617 Paris, den 23. Dezember/5. Januar 1913/14

In einer langen Unterredung bezüglich der Mission Liman von Sanders hat mir der Präsident der Republik gesagt, Cambon habe nach seiner Rückkehr nach Berlin eine sehr freundschaftliche Aussprache mit Jagow gehabt, der ihm erklärte, er wünsche aufrichtig, den Zwischenfall beizulegen; wenn aber dieser Angelegenheit ein „europäischer Charakter“ beigelegt wird, so wird Deutschland nicht imstande sein, Nachgiebigkeit zu zeigen. Ähnliches hat Jagow auch dem englischen Botschafter gesagt. Poincaré zieht hieraus den Schluß, daß jeder gemeinsame Schritt Rußlands, Frankreichs und Englands in Berlin auf starken Widerstand stoßen und die Lage bedeutend verschärfen wird; wenn wir es trotzdem für nötig halten, einen derartigen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, so wird sich Frankreich uns natürlich anschließen, aber in diesem Falle muß man den wei-

teren Gang der Ereignisse voraussehen und sich über die weiteren gemeinsamen Schritte einigen. Aus diesem Anlasse hat Poincaré auf das allerbestimmteste die Erklärung Doumergues, die in meinem Telegramm Nr. 607 enthalten ist, bestätigt, daß nämlich Frankreich fest entschlossen ist, in dieser Angelegenheit zusammen mit uns zu handeln. Aus den Worten Poincarés habe ich schließen können, daß die Ausdrücke der genannten Antwort von ihm selbst und seinen Ministern auf das sorgfältigste erwogen worden sind, und daß trotz der aufrichtigen Friedensliebe Frankreichs in diesen Worten mit vollem Vorbedacht die ruhige Entschlossenheit ausgedrückt wird, sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit uns auferlegt. In Anbetracht dieser Tatsache berührt es hier ganz besonders unangenehm, daß einige unserer Zeitungen Frankreich der Passivität in der Frage der deutschen Militärmmission beschuldigen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Streng vertraulicher Brief

Paris, den 2./15. Januar 1914

Ich beeile mich, Ihnen meine aufrichtigste Erkenntlichkeit dafür auszudrücken, daß Sie mir zu meiner persönlichen Kenntnis die Abschrift Ihres alleruntertäigsten Berichts vom 23. Dezember sowie der Punkte übermittelt haben, die der Beratung der besonderen Konferenz in Sachen der Vollmachten des Generals Liman in Konstantinopel unterliegen. Meinerseits habe ich Ihnen bereits möglichst genaue Mitteilungen über die Stellungnahme der französischen Regierung zu dieser Frage gemacht. Aus meinen Briefen und Telegrammen konnten Sie schließen, daß das so unerwartet ans Ruder gelangte radikale Kabinett des H. Doumergue, das sich auf die extremen Parteien einschließlich des H. Jaurès und der Vereinigten Sozialisten stützt, seiner Natur nach zwar zum Pazifismus neigt und jegliche äußere Verwicklungen fürchtet, daß wir ihm aber bis jetzt nicht den Vorwurf machen können, uns nicht genügend unterstützt zu haben. Unsere beiden Vorschläge über gemeinsame Schritte in Konstantinopel wurden hier sofort und ohne jeden Widerspruch angenommen. Was sodann den Vorschlag über einen Schritt der Dreibandsmächte in Berlin anbetrifft, so konnte die Antwort des H. Doumergue auf den ersten Blick etwas ausweichend erscheinen. Sowohl H. Doumergue, als auch der Präsident der Republik hat mir gegenüber auf das Gefährliche eines derartigen Schrittes hingewiesen, und beide haben geäußert, daß es, da wir einmal, wie Ihnen dies von H. Delcassé mitgeteilt worden sei, unsere freundschaftlichen Be-

sprechungen mit dem Berliner Kabinett fortsetzen, vor allem wünschenswert sei, die Ergebnisse dieser Besprechungen abzuwarten. Gleichzeitig ist mir jedoch sowohl am Quai d'Orsay als auch im Elysée erklärt worden, in der Denkschrift des H. Doumergue sei der Wille der französischen Regierung, in dieser Angelegenheit im Einvernehmen mit uns zu handeln, durchaus klar und bestimmt zum Ausdruck gelangt. Diese Denkschrift, die zur besseren Übersicht in der Abschrift beigelegt ist, ist von dem soeben zum französischen Botschafter in Petersburg ernannten H. Paléologue verfaßt worden. Er erklärte mir, jedes Wort dieser Denkschrift sei sorgsam abgewogen, und die französische Regierung gebe sich durchaus Rechenschaft, daß bei einer weiteren Entwicklung des vorliegenden Zwischenfalls die Frage des *casus foederis* entstehen könne. Ebenso drückte sich in einem Gespräch mit mir H. Poincaré aus, der mehrmals wiederholte: „Wir werden Sie natürlich unterstützen (*Il est bien entendu que nous vous soutiendrons*).“

Indem somit die Herren Poincaré und Doumergue ihrer ruhigen Entschlossenheit Ausdruck verleihen, unter den gegenwärtigen Umständen sich nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die Frankreich durch das Bündnis auferlegt werden, dringen sie gleichzeitig besonders darauf, es sei notwendig, im voraus alle Eventualitäten und Maßnahmen zu erwägen, die wir im Falle eines Mißerfolges der diplomatischen Schritte in Berlin und Konstantinopel vorzuschlagen für nötig befinden werden. Obgleich ich keinen Grund habe, die Aufrichtigkeit der gegenwärtigen Erklärungen der französischen Regierung anzuzweifeln, kann ich natürlich nicht dafür bürgen, daß wir sie, wenn es von den Worten zu Taten kommen wird, bedingungslos bereit finden werden, sich allen unseren Vorschlägen anzuschließen. Das erste von Ihnen in Aussicht genommene Zwangsmittel — der folgerichtig durchzuführende Finanzboykott — ist, wie dies die frühere Erfahrung zeigt, in der Praxis sehr schwer zu verwirklichen. Wir können natürlich darauf rechnen, daß, solange wir nicht von der Türkei vollständig befriedigt worden sind, die französische Regierung die Kotierung der offiziellen türkischen Anleihe nicht gestatten wird, jedoch wird es tatsächlich kaum möglich sein, Geschäfte in der Art der kürzlich stattgehabten Operation der Bank Périer zu verhindern. H. Caillaux hat in bezug auf diese Operation eine große Tatkraft bekundet und erreicht, daß die Bank von der Ausführung der Option für den zweiten Teil der Anleihe Abstand genommen hat, was jedoch die ausländischen Teilnehmer keineswegs gehindert hat, die Sache zu Ende zu führen.

Die zweite von Ihnen in Aussicht genommene Maßnahme — die Abberufung der Vertreter Rußlands, Frankreichs und Englands aus Konstantinopel — dürfte hier kaum als eine Maßnahme angesehen werden, die wünschenswert und leicht zu bewerkstelligen ist. Man

wird wahrscheinlich einwenden, wir räumten durch eine derartige Handlungsweise der feindlichen Tätigkeit der Vertreter der Dreibundsmächte nur einen größeren Spielraum ein.

Die dritte von Ihnen vorgeschlagene Maßnahme endlich — die Besetzung von Trapezunt und Bajazed durch uns und Smyrna und Beiruts durch die Franzosen bzw. Engländer — wird, nach meinen früheren Gesprächen mit den französischen Ministern zu urteilen, hier besondere Befürchtungen und Einwände hervorrufen. Die französische Regierung ist davon überzeugt, jedes aktive Hervortreten gerade innerhalb der Grenzen Kleinasiens werde unvermeidlich eine aktive Einmischung Deutschlands hervorrufen und zu einer sofortigen Teilung der asiatischen Türkei und allen hiermit verbundenen Gefahren führen. Außerdem muß man im Auge behalten, daß Frankreich, wenn es sich auch zu einem derartigen Schritt entschlösse, keinesfalls gutwillig England die Besetzung Beiruts, ja nicht einmal Smyrnas überlassen würde, wo nach seiner Auffassung die französischen Interessen die Vorhand hätten. Aus diesem Anlaß halte ich es für meine Pflicht, Sie an die Äußerung Paléologues zu erinnern, die er mir gegenüber gleichsam im Namen Bompards gemacht hat, daß wir nämlich ein Panzerschiff aus dem Schwarzen Meer in den Bosporus senden könnten. Dieses beweist, wie mir scheint, abermals, daß man hier Operationen, die nicht die asiatischen, sondern die europäischen Besitzungen der Türkei zum Gegenstande haben, für zweckmäßiger und weniger gefährlich hält.

Indem ich den obigen Erwägungen Ausdruck gebe, beeile ich mich, den Vorbehalt zu machen, daß sie ausschließlich den Charakter einer Mutmaßung haben und nur auf meine allgemeine Kenntnis der hier herrschenden Ansichten gegründet sind. Zu einer genaueren Feststellung der möglichen Stellungnahme der französischen Regierung zu diesen oder jenen von unseren Vorschlägen kann ich augenscheinlich nicht eher als nach Erhalt einer bestimmten Erlaubnis hierzu schreiten.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

Anlage

Abschrift einer streng vertraulichen Denkschrift des französischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris.

Zu Nr. 7

Paris, den 17./30. Dezember 1913

Der Vorsitzende des Ministerrats, der Minister des Äußern, hat aufs sorgfältigste die Note studiert, die ihm von Seiner Exzellenz dem russischen Botschafter am 29. Dezember eingehändigt worden ist. H. Doumergue legt Wert darauf, H. Iswolski zu versichern, daß

sich die Regierung der Republik fest entschlossen hat, sich allen Maßnahmen anzuschließen, die von der Kaiserlichen Regierung in der Frage der Mission des Generals Sanders in Konstantinopel unternommen worden sind. Der französischen Regierung scheint es, daß sich bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die Frage folgendermaßen darstellt: aus der erwähnten Note geht hervor, daß sich der deutsche Botschafter in Konstantinopel gegenwärtig in Berlin befindet, wo er den Beweis zu erbringen versucht, es sei notwendig, die berechtigten Forderungen der Kaiserlichen Regierung und der russischen öffentlichen Meinung zu erfüllen. Andererseits hat einem Telegramm zufolge, das der französische Botschafter in St. Petersburg gestern abend abgesandt hat, H. Sasonow von der deutschen Regierung gewisse Erklärungen verlangt. Würde es die Kaiserliche Regierung nicht für zweckmäßiger halten, neue Angaben für die Beurteilung, die man auf diese Weise erhalten wird, abzuwarten? Befürchtet sie nicht, daß eine sofortige Einmischung des Dreiverbandes ungeachtet ihres freundschaftlichen Charakters den unmittelbaren Verhandlungen Abbruch zu tun droht, die gegenwärtig noch zwischen St. Petersburg und Berlin stattfinden? Nichtsdestoweniger ist die französische Regierung bereit, gemeinsam mit der Kaiserlichen Regierung gleich jetzt über die diplomatischen Maßnahmen zu beraten, vermittels deren der Dreiverband rechtzeitig in Berlin oder Konstantinopel auftreten müßte, um seine Ansichten durchzusetzen. Infolgedessen bittet H. Doumergue H. Iswolski, ihm mitteilen zu wollen, wie sich die Kaiserliche Regierung des näheren die Intervention, von der die Rede ist, vorstellt und auf welchen Punkt namentlich die Forderungen der drei Mächte gerichtet sein müßten, sowie endlich, welche Entscheidungen Rußland, Frankreich und England vorzuschlagen für notwendig finden würde, falls die einheitliche Tätigkeit dieser drei Mächte in Berlin und Konstantinopel nicht zu der durch sie erstrebten friedlichen Lösung führen sollte.